

BUND- und HCU-Fachtagung „Stadtentwicklung und Naturschutz in Hamburg“

24. Juni 2016

Ein Bericht über die Veranstaltung

Begrüßung

Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling (HafenCity Universität), Dr. Manfred Körner (stv. Vorsitzender BUND Hamburg) und Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen) (von links) eröffnen die Tagung mit Grußworten.

Die Vertreter/innen der unterschiedlichen Disziplinen sind sich einig: Gemeinsam betonen sie den Wunsch nach Vereinbarkeit der mitunter widerstreitenden Stadtentwicklungs- und Naturschutzinteressen.

Voraussetzung dafür sei ein gemeinsamer Diskurs. Umso mehr freuten sich die Veranstalter über die große Resonanz für das Thema. Mit knapp 270 Teilnehmer/innen war der Hörsaal der HafenCity Universität voll besetzt. Die Mehrheit des Publikums hatte beruflich mit dem Thema zu tun, es waren aber auch sehr viele Ehrenamtliche aus unterschiedlichen Verbänden sowie Teilnehmer/innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung anwesend. Weniger stark vertreten war die Wirtschaft.

Durch die Tagung führt die Moderatorin Silke Inselmann (widserve Wissensdienstleistungen).

Keynote „Verbietet das Bauen – Hamburg ohne Neubau“

Daniel Fuhrhop, Autor des 2015 erschienenen Buches „Verbietet das Bauen“, stellt in seinem Eingangsstatement eine provokante These auf: Hamburg ohne Neubau – es geht! Er untermalt diese These anhand von Beispielen aus seinem Buch, welches mithilfe von 50 „Werkzeugen“ Möglichkeiten aufzeigt, die Neubauten überflüssig machen und stattdessen eine andere und bessere Nutzung unserer vorhandenen Häuser zum Gegenstand haben. Als Beispiele nennt Herr Fuhrhop unter anderem die Förderung von Einliegerwohnungen oder den Tausch von Wohnungen.

Es wird deutlich, dass nirgendwo so intensiv auf Neubau gesetzt werde wie in Hamburg. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Hamburg trotz steigender Bevölkerungszahlen heute noch immer weniger Einwohner/innen hat als noch 1964 (1,85 Mio.), fordert er einen verstärkten Fokus auf den Hamburger Bestand. Die Suche nach zusätzlichem Wohnraum im Bestand müsse seitens der Politik und Verwaltung genauso forciert werden wie derzeit der Neubau.



Stadtentwicklung in Hamburg

Im Anschluss an die Keynote folgt der erste inhaltliche Block der Tagung. Unter der Überschrift „Stadtentwicklung in Hamburg“ werden die aktuellen Herausforderungen herausgearbeitet und diskutiert. Zum Einstieg folgt ein Beitrag aus Perspektive der Hamburger Verwaltung.

Aktuelle Herausforderungen der Hamburger Stadtentwicklung – Wie umgehen mit dem Bevölkerungszuwachs?

Susanne Metz (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen) gibt eine Einführung in die Rahmenbedingungen aktueller Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Neben allgemeinen Zielen und Instrumenten stellt Frau Metz konkrete Projekte vor, die versuchen den unterschiedlichen Anforderungen von Stadtentwicklung und Naturschutz gerecht zu werden.

Bestimmt werde das aktuelle Vorgehen vor allem von der Tatsache, dass Hamburg eine wachsende Stadt sei. Gepaart mit der steigenden Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf ergebe sich dadurch ein erhöhter Bedarf an neuem Wohnraum. Die Fortschreibung des Bündnisses für das Wohnen sehe daher den Bau von 10.000 statt wie bisher 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr vor.

Frau Metz thematisiert in ihrem Vortrag auch den verstärkten Zuzug von Geflüchteten und den daraus resultierenden zusätzlichen Bedarf an Wohnraum.

Trotz steigender Bevölkerungszahlen sei die Bevölkerungsdichte in Hamburg gerade in der äußeren Stadt im bundesweiten Vergleich noch immer sehr niedrig. Außerdem hätten Natur und Landschaft in Hamburg einen sehr hohen Stellenwert, was Hamburg zu einer grünen Metropole mache. Diese grüne Qualität müsse erhalten bleiben, gleichzeitig müssten Nachverdichtungspotenziale genutzt werden.

Als Beispiel zur Vereinbarkeit von Stadtentwicklung und Naturschutz nennt Frau Metz unter anderem die Hamburger Gründach-Strategie. Weitere Lösungsansätze ergäben sich beispielsweise durch das Konzept „Mehr Stadt in der Stadt“ sowie die „Qualitätsoffensive Freiraum“.

Insgesamt kommt Frau Metz zu einem positiven Fazit, was das aktuelle Vorgehen der Stadt im Umgang mit dem Bevölkerungswachstum anbelangt: Die derzeit angewandten Instrumente sind in der Lage, die widerstreitenden Stadtentwicklungs- und Naturschutzinteressen miteinander in Einklang zu bringen.

Hamburgs Planungsinstrumente – Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen der Stadtentwicklung einschließlich Flüchtlingsunterkünfte

Prof. Dr. Martin Wickel, LL.M. (HafenCity Universität Hamburg) betrachtet in seinem Vortrag eines der derzeit umstritteneren Planungsinstrumente, nämlich das Hamburger Senatsprogramm „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“. Dieses sieht zunächst eine Bebauung mit



Flüchtlingsunterkünften im Standard des sozialen Wohnungsbaus vor (s.g. „Express Wohnungsbauten“). Parallel dazu werden an gleicher Stelle reguläre Wohnungen geplant, um eine soziale Durchmischung zu schaffen und den allgemein angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten. Den inhaltlichen Schwerpunkt seines Vortrages bildet der geänderte § 246 BauGB und die dadurch entstehenden Folgen für den Naturschutz.

Herr Wickel konzentriert sich im Rahmen seines Vortrages auf die Absätze 9 und 14 des § 246 BauGB, da diese in der aktuellen Hamburger Planungspraxis eine wichtige Rolle spielen. Absatz 9 habe vor allem Folgen für denjenigen Naturschutz, der sich in Darstellungen in Flächennutzungs- und Landschaftsplänen erschöpft. Es ergeben sich dadurch also vor allem Einschränkungen für den Freiraumschutz. Die naturschutzrechtlichen Belange seien von den Regelungen des Absatzes 9 hingegen nicht betroffen und in normalem Umfang zu berücksichtigen.

§ 246 Abs. 14 habe hingegen weitreichendere Konsequenzen für den Naturschutz, die Anwendung sei daher an bestimmte Voraussetzungen gekoppelt. Absatz 14 habe zur Folge, dass geltendes Bauplanungsrecht außer Kraft gesetzt werde. Für den Naturschutz habe dies insbesondere gravierende Folgen im Bereich der Landschaftsplanung, welche durch Absatz 14 „ausgeschaltet“ werde. Der gebietsbezogene Naturschutz bleibe hingegen unberührt und auch die Eingriffsregelung greife weiterhin.

Herr Wickel zeichnet in seinem Vortrag ein sehr differenziertes Bild des geänderten § 246 BauGB. Auch wenn die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung durch die Novellierungen nicht aufgehoben wird, gibt es doch zu denken, dass sich das Bauplanungsrecht durch Absatz 14 in gewisser Weise selbständig außer Kraft setzt und sowohl Freiraumschutz als auch Landschaftsplanung hintenangestellt werden.

Stadtentwicklung und Naturschutz in Hamburg – Kollisionskurs vorprogrammiert?!

Manfred Braasch (BUND Hamburg) geht in seinem Vortrag auf die Konflikte zwischen Stadtentwicklungs- und Naturschutzinteressen ein und nimmt dabei eine kritischere Position als seine Vorredner ein.

Wie zuvor schon Frau Metz und Herr Fuhrhop verweist auch Manfred Braasch auf das Ungleichgewicht zwischen der Siedlungsflächen- und der Bevölkerungsentwicklung seit den 1960er Jahren. Die Stadt habe sich breitgemacht, Hamburg versiegele jedes Jahr Flächen in der Größenordnung von 100 bis 150 Hektar. Derzeit sei zudem eine Bebauung auf ca. 50 bis 60 Hektar in Landschaftsachsen und Landschaftsschutzgebieten geplant. Der Kollisionskurs von Siedlungs- und Freiflächen sei vorprogrammiert.

Herr Braasch betont in diesem Zusammenhang die hohe Bedeutung der Freiflächen für das Stadtklima, den Arten- und Naturschutz sowie als Standortfaktor und für die Naherholung. Die Bedeutung der Freiflächen habe man auch seitens der Politik erkannt und daher den Erhalt derselben sowohl im aktuellen Koalitionsvertrag sowie im Hamburger Klimaplan ausdrücklich benannt.



Dass der Erhalt der Freiflächen in der Realität nicht immer Priorität genießt, werde anhand der Flächennutzungsplanänderungen der letzten 20 Jahre deutlich. Seit 1997 seien etwa 500 Hektar Freiflächen entgegen der FNP-Festsetzungen überplant worden. Auch der seit 2010 gesetzlich vorgeschriebene Biotopverbund sei bislang nicht umgesetzt worden.

Besonders deutlich würden die Zielkonflikte vor dem Hintergrund des neuen Bündnisses für das Wohnen, dem Konzept „Mehr Stadt an neuen Orten“, der Mittelstandsförderung von 100 Hektar Gewerbeflächen pro Jahr sowie des agrarpolitischen Konzeptes zur „Sicherung der Nutzfläche“. Maßnahmen wie die „Qualitätsoffensive Freiraum“, der Natur-Cent oder die Gründach-Strategie könnten dabei nur eine Ventilfunktion aufweisen.

Für den BUND Hamburg stünden daher klare Forderungen fest. Dazu zählen beispielsweise die Neuauflage des veralteten Flächennutzungsplanes, die grenzübergreifende Planung als Metropolregion sowie das Freihalten von Landschaftsschutzgebieten, Landschaftsachsen, Grünen Ringen und Pufferzonen von jeglicher Bebauung. Herr Braasch bringt zudem das Thema Flächenmoratorium in die Diskussion ein („Netto Null“ bis 2020).

Anders als Frau Metz kommt Herr Braasch in seinem Vortrag zu dem Schluss, dass das aktuelle Vorgehen Hamburgs nicht ausreicht, um ein nachhaltiges Miteinander von Stadtentwicklungs- und Naturschutzinteressen zu gewährleisten. Der Eindruck, dass Stadtentwicklungsinteressen Vorrang vor den Bedürfnissen des Naturschutzes genießen, verschärft sich.

Diskussionsrunde

Im Anschluss an die Vorträge diskutieren die Referent/innen gemeinsam mit Daniel Fuhrhop über die zuvor dargestellten stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen, vor denen Hamburg und die Metropolregion derzeit stehen. Die Fragen der Teilnehmer/innen an die Diskutanten werden von einer so genannten Anwältin des Publikums gesammelt und an passender Stelle in die Diskussionsrunde eingebracht.

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass es einer Intensivierung des gemeinsamen Dialogs bedarf, um die unterschiedlichen Interessen von Stadtentwicklung und Naturschutz miteinander in Einklang zu bringen. Es werden unterschiedliche Punkte angesprochen wie etwa das Thema Flächensparen, Bürgerbeteiligung zur Erstellung eines planerischen Gesamtkonzeptes sowie die Möglichkeit eines Flächenmoratoriums für die Stadt. Alle Beteiligten zeigen sich offen für eine Fortführung des gemeinsamen Dialogs.



Naturschutz in Hamburg

Im zweiten inhaltlichen Block der Tagung liegt der Schwerpunkt auf einer naturschutzfachlichen Perspektive. Es werden die aktuellen Herausforderungen des Hamburger Naturschutzes herausgearbeitet und eingehend diskutiert.

Hamburg wächst – Ziele des Naturschutzes für Hamburg

Zum Einstieg stellt Bernd-Ulrich Netz (Behörde für Umwelt und Energie) die Folgen des Siedlungsflächenwachstums für den Naturschutz dar. Die zunehmende Versiegelung führe unter anderem zum Verlust von Lebensräumen und habe negative Folgen für Boden, Wasserhaushalt und Stadtklima.

Als Forderungen an die Stadtplanung leitet er daraus ab, beispielsweise das Grüne Netz, den Biotopverbund und die Schutzgebiete von Bebauung freizuhalten, die lokalen Biotopverbundstrukturen zu sichern und entwickeln sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in geeigneten Schwerpunkträumen umzusetzen.

Zu den übergeordneten Zielen des Hamburger Naturschutzes gehöre die Sicherung der biologischen Vielfalt, der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts sowie der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur. Der Fokus müsse auf den „Zentren der Biodiversität“ liegen, also auf den Naturschutzgebieten und wichtigen Biotopverbundbereichen.

Herr Netz geht in diesem Zusammenhang unter anderem auf den Natur-Cent und naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen als zur Verfügung stehende Instrumente ein. Konkrete Ziele bzw. Maßnahmen seien unter anderem das Konzept „Wildnis wagen“, die Pflege herausragender Kulturlandschaften, Naturschutz in der Fläche sowie die Verbesserung der Aufsicht über die Schutzgebiete.

Herr Netz vermittelt in seinem Vortrag insgesamt den Eindruck, dass Hamburgs Naturschutz auf einem guten Weg ist und sich dem Siedlungsflächenwachstum zum Trotz gegenüber den Stadtentwicklungsinteressen behaupten kann.

Leitprojekt „Biotopverbund Metropolregion Hamburg“

Auch der zweite inhaltliche Beitrag dieses Vortragsblocks wirft ein positives Licht auf die Bemühungen Hamburgs und der Metropolregion im Bereich des Naturschutzes. Dr. Yvonne Brodda (Metropolregion Hamburg) stellt das Projekt zum Biotopverbund der Metropolregion Hamburg vor. Die Metropolregion Hamburg ist eine Kooperation von 17 (Land-)Kreisen und zwei kreisfreien Städten sowie den vier Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Ziel des Projektes „Biotopverbund Metropolregion Hamburg“ sei der Erhalt der biologischen Vielfalt der heimischen Flora und Fauna sowie ihrer spezifischen Lebensräume. Damit einher gehe die Stärkung und Weiterentwicklung des Biotopverbundes in der Metropolregion sowie die



Stärkung ihrer grünen Qualitäten. Zur Finanzierung der Vorhaben stehen als Budget rund 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Das Leitprojekt ist in vier Teilprojekte untergliedert:

- Regionalpark Wedeler Au,
- Gewässerkorridore,
- Grünes Metropolnetz und
- Grünes Band.

Die Teilprojekte sollen den Fachdialog und die Kommunikation zwischen den Akteuren fördern und gleichzeitig Strahlkraft in die Region entfalten. Ziel ist eine Biotopverbund-Karte für die gesamte Metropolregion. Besonders deutlich wird in Frau Broddas Vortrag: Die Planungen zum Biotopverbund dürfen nicht an den Landesgrenzen halt machen.

Frau Brodda bringt mit ihrem Vortrag die stadtregionale Komponente mit in die Diskussion. Für einen funktionierenden Naturschutz müssen Barrieren überwunden werden. Die vorgestellten Projekte lassen hoffen, dass hiermit ein erster Schritt in die richtige Richtung geschieht – gleichzeitig lässt sich erahnen, dass es bis zu einem funktionierenden Biotopverbund noch ein weiter Weg für die Metropolregion Hamburg sein wird.

Ist Ausgleich in der Praxis überhaupt noch möglich?

Gisela Bertram (Stiftung Ausgleich Altenwerder) vertritt eine deutlich kritischere Sichtweise auf die aktuelle Praxis im Bereich Naturschutz. Sie behandelt in ihrem Vortrag das Thema Ausgleich. Sie beginnt mit einem treffenden Vergleich, welcher den Stellenwert der Ausgleichsmaßnahmen gegenüber dem eigentlichen Eingriff anschaulich verdeutlicht: Denn in der Praxis funktioniert dieser nicht immer so, wie er sollte.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein grundlegender Mangel sei beispielsweise, dass nicht für jeden Eingriff ein Ausgleich vorgesehen sei, obwohl es real zu Verlusten für den Naturhaushalt komme (z. B. im Rahmen der Umsetzung alter Baustufenpläne). Ein weiteres Problem in der Praxis sei, dass der Ausgleich nicht immer als Teil des Eingriffes betrachtet werde. Oftmals fehle beispielsweise Personal für die Umsetzung und das Monitoring der Ausgleichsmaßnahmen – der Eingriff wird aber trotzdem durchgeführt. Hinzu komme, dass Ausgleichsmaßnahmen häufig erst lange Zeit nach dem eigentlichen Eingriff realisiert würden. Probleme ergäben sich auch dadurch, dass Flächen für den Ausgleich vielfach in privater Hand seien, auf die man keine Zugriffsmöglichkeiten hat.

Besonders deutlich wird der Stellenwert von Ausgleichsmaßnahmen in der Praxis am Beispiel Nienburg / Weser (Niedersachsen). Dort erfolgte ein Monitoring der im Rahmen der Eingriffsregelung festgesetzten Kompensationsmaßnahmen vor Ort. Das Ergebnis ist vernichtend: Vollständig umgesetzt wurden lediglich 54 %, die restlichen 46 % wurden nicht vollständig oder gar nicht umgesetzt bzw. wiesen Mängel in der Umsetzung auf.



Frau Bertram stellt aber auch Beispiele für gut durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen vor (Beispiel Neuland, Neuwiedenthal), um zu zeigen, dass ein Ausgleich in der Praxis funktionieren kann, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Ihr Fazit:

- Der Ausgleich muss genauso wichtig genommen werden wie der Eingriff.
- Ausgleichspotenziale dürfen nicht überschätzt werden, isoliert liegende Flächen können nur einen begrenzten Wert für den Naturhaushalt entwickeln.
- Die Umsetzung des Ausgleiches muss zeitnah zum Eingriff erfolgen.
- Es muss ein verpflichtendes Monitoring geben (mit ggf. Nachbesserung). Dazu bedarf es der Einrichtung einer Stelle, die die Umsetzung von Ausgleich systematisch prüft, anmahnt und einfordert.

Die Bilanz des Vortrags ist kritisch. Die Schilderungen verdeutlichen, dass Ausgleich in der Praxis zwar möglich ist, dieser aber nicht immer so umgesetzt wird und funktioniert, wie er eigentlich sollte. Ein Hoffnungsschimmer immerhin: Es gäbe theoretisch genug Flächen für einen Ausgleich. Wenn Eingriffe mehr Akzeptanz bekommen sollen, muss aber der Ausgleich funktionieren.

Diskussionsrunde

Auch im zweiten inhaltlichen Block der Tagung gibt es im Anschluss an die Vorträge eine gemeinsame Diskussionsrunde der Referent/innen. Der Schwerpunkt der Diskussionsrunde liegt auf den zuvor vorgestellten Herausforderungen und Bedürfnissen des Naturschutzes in Hamburg und der Metropolregion.

Die unterschiedlichen Positionierungen der Referent/innen haben es bereits angedeutet: Es herrscht keine Einigkeit darüber, ob das aktuelle Vorgehen Hamburgs den Interessen des Naturschutzes gerecht wird.

Konkret geht es in der Diskussionsrunde unter anderem um den Natur-Cent und die Frage, ob es sich hierbei lediglich um eine „Mogelpackung“ handele. Die Themen Ausgleich und Monitoring desselben sind ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Von den Anwälten des Publikums wird unter anderem das Thema Flächenentsiegelung ins Spiel gebracht. Die Bedeutung der Metropolregion für den Naturschutz als Gegenpol zum extremen Konzentrationsprozess innerhalb des Stadtzentrums wird noch einmal deutlich hervorgehoben.

Auch in dieser Diskussionsrunde wird deutlich, dass alle Akteure dem weiteren Dialog offen gegenüber stehen. Trotz der mitunter divergierenden Einschätzung über den Erfolg der aktuellen Maßnahmen im Bereich Naturschutz scheinen die Diskutant/innen immerhin einig mit Blick auf die Ziele für den Naturschutz.



Stadtregionale Ansätze

Der dritte inhaltliche Block der Tagung versucht die Themen der ersten beiden Blöcken auf einer stadtregionalen Ebene miteinander zu verbinden. Es ist bereits deutlich geworden, dass sowohl die Herausforderungen im Bereich von Stadtentwicklung als auch im Bereich des Naturschutzes vermehrt einer übergeordneten, metropolregionalen Betrachtung bedürfen. Die inhaltlichen Beiträge dieses Blockes greifen dies auf.

Stadtregionale Visionen als Beitrag einer nachhaltigen Stadtentwicklung? Erfahrungen aus Helsinki

Der Block startet mit einem Beitrag aus internationaler Perspektive. Prof. Dr. Peter Ache (Radboud University Nijmegen) stellt in seinem Vortrag das Instrument des Metropolitanen Entwurfes vor und berichtet von seinen Erfahrungen aus Helsinki, wo 2007 ein Metropolitaner Entwurf im Rahmen des Wettbewerbes „Greater Helsinki Vision 2050“ ausgelobt wurde.

Ein Metropolitaner Entwurf versucht als neues Instrument der räumlichen Planung auf stadtregionaler Ebene die Lücke zwischen abstrakter Informalität und konkreter raumbezogener Planung zu schließen. Es handelt sich hierbei um ein entwerferisches, grafisches Konzept, welches in Form von großräumlichen Plandarstellungen als kreativ-basierte Grundlage für formelle Planungsprozesse dient und so eine funktional-nachhaltige regionale Entwicklung koordinieren soll.

Im Rahmen des Greater Helsinki Wettbewerbes wurden viele verschiedene Beiträge eingereicht. Herr Ache zeigt beispielhaft Auszüge aus den einzelnen Entwürfen. Der Beitrag „Boundary Strips“ spielt mit dem Vergleich von Siedlungsformen und natürlichen Formationen wie Inseln, Atollen oder Flussläufen. Die in den verschiedenen Entwürfen behandelten Themen sind sehr vielfältig, von Siedlungsentwicklung über Verkehrsthemen bis hin zu sozialen Fragen wurden die unterschiedlichsten Schwerpunkte gesetzt.

Herr Ache geht im Rahmen seines Vortrages auch auf den Wettbewerbs-Prozess und die anschließende Phase der Umsetzung ein. Als wesentlichen Bestandteil des „Erfolgsrezeptes“ für einen gelungenen Wettbewerb nennt er die breite Beteiligung unterschiedlichster Experten.

Zum Abschluss seines Vortrags gibt Herr Ache noch einen kurzen Einblick in den Planungsalltag der Niederlande, die als Vorreiter für innovative Visionen und Programme gelten. Stadtregionale Ansätze nehmen hier eine wesentliche Rolle ein, denn die Niederlande betrachten den gesamten Staat als einen zusammenhängenden Planungsraum. Sein Credo: Wir müssen grenzübergreifend denken.

Herr Ache präsentiert in seinem Vortrag einen kreativen, innovativen Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen Metropolen wie Helsinki und auch Hamburg derzeit stehen. Denn Hamburg steht nicht alleine vor der Frage, wie umgehen mit dem Bevölkerungswachstum und der steigenden Siedlungsflächeninanspruchnahme. Der Vortrag setzt einen kreativen Impuls als Lösungsansatz und löst die Diskussion vom starren administrativen Denken.



Braucht Hamburg das Achsenkonzept für eine funktionierende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung?

Auch die Entwicklung Hamburgs basiert auf einer räumlichen Vision, die Fritz Schumacher in den 1920er Jahren mit seinem „Federplan“ prägte. Prof. Dr.-Ing. Carsten Gertz (Technische Universität Hamburg-Harburg) befasst sich in seinem Vortrag mit dem zugrunde liegenden Achsenkonzept, welches bis heute die Hamburger Stadtentwicklung bestimmt. Das Achsenkonzept sieht eine Siedlungsentwicklung entlang der Hauptverkehrsachsen vor. Die Achsenzwischenräume sind von einer Bebauung freizuhalten.

Zunächst geht Herr Gertz auf die Wechselwirkungen zwischen Achsenkonzept und Siedlungsentwicklung ein. So sei beispielsweise generell eine geringere PKW-Nutzung entlang der Verkehrsachsen feststellbar. Auf der anderen Seite habe man entlang der S-Bahnlinien auch höhere Pendlerraten. Er stellt damit einen Bezug zwischen dem Achsenkonzept auf der einen und dem Suburbanisierungsprozess auf der anderen Seite her.

Herr Gertz macht deutlich, dass das Leben in Suburbia nicht immer kostengünstiger ist als im Stadtzentrum, auch wenn das gemeinhin angenommen wird und einen wesentlichen Beitrag zum Prozess als solchem leistet. Denn die Wohnkosten seien im Umland zwar in der Regel niedriger, dafür aber die Mobilitätskosten höher. Herr Gertz stellt in dem Zusammenhang den „Wohn- und Mobilitätsrechner“ des Münchner Verkehrs- und Tarifverbund vor, der die verschiedenen Kostenpunkte einander gegenüberstellt und einen individuellen Vergleich ermöglicht. Auch der Hamburger Verkehrsverbund möchte demnächst einen vergleichbaren Rechner anbieten.

Abschließend verfasst Herr Gertz mehrere Thesen mit Blick auf die Frage, ob Hamburg das Achsenkonzept für eine nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung braucht:

- Achsenkonzepte sind weiterhin sinnvoll.
- Notwendig ist die Umsetzung weiterer Planungsprinzipien: kompakte Form, Mischnutzung, Wiedernutzung von Brachflächen, Freihalten von verkehrlich ungünstigen Achsenzwischenräumen, hohe Qualität bei Architektur und Freiräumen
- Konzentration in der Stadt und Vermeidung von Suburbanisierung hat Priorität; Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Familien in der Stadt; Hamburg hat eine verhältnismäßig geringe Einwohnerdichte. Insbesondere um die Haltestellen des Schienenverkehrs sollten die vorhandenen Nachverdichtungspotenziale genutzt werden.
- Regionale Koordination notwendig! Ungünstige Standorte in der Stadt versus Achsenstandorte im Umland
- Notwendig sind mehr leistungsfähige ÖV-Achsen in der Stadt
- Notwendig ist ein anderer strategischer Umgang mit hochbelasteten Hauptverkehrsstraßen
- Ergänzung um wohnstandortbezogene Mobilitätskonzepte



- Es hat nicht nur mit Infrastruktur zu tun: Mobilitätsberatung vor dem Umzug

Seine Botschaft: Es reicht nicht, wenn Hamburg viele (gute) Einzelprojekte wie die Radverkehrsstrategie plant – es braucht ein Gesamtkonzept, welches nicht an den Landesgrenzen halt macht. Das Achsenmodell als Grundlage eines Metropolitanen Entwicklungskonzeptes scheint weiterhin sinnvoll.

Stadtentwicklung versus / und ökosystemare (Wieder-)Vernetzung

Der dritte inhaltliche Input zum Thema „Stadtregionale Ansätze“ hat die (Wieder-)Vernetzung von Ökosystemen zum Gegenstand. PD. Dr.-Ing. Heinrich Reck (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) vollführt in seinem Vortrag den Brückenschlag zwischen beiden Themenschwerpunkten Stadtentwicklung und Naturschutz.

Zunächst einmal appelliert er an die Vernetzung von Ökosystemen als notwendige Voraussetzung für Tiere, Pflanzen und Menschen. Es reiche nicht aus, Einzelflächen im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen und ähnlichem aufzuwerten, denn eine Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt gleiche lediglich aus, führe aber nicht zu einer Verbesserung. Für einen funktionierenden Naturhaushalt braucht es eine (Wieder-)Vernetzung.

Die Hamburger Biotop-Verbundkulisse bewertet er als gute Voraussetzung. Er führt verschiedene Beispiele zur Nutzung innerstädtischer Potenziale der grünen Infrastruktur an. Ein selten genutztes Potenzial biete beispielsweise das Straßenbegleitgrün. Durch einfache Maßnahmen könnten hier unter anderem positive Effekte für Wildbienen aber auch für den Menschen erzielt werden. In weniger dicht besiedelten Bereichen gehe es zum Beispiel darum, eine Durchwanderbarkeit von Flächen wiederherzustellen und Barrieren durch Vernetzungsmaßnahmen zu überwinden. Damit einher gehe auch die Erhöhung der Flächendichte des Biotopverbundes. Er verweist für weitere Maßnahmen zur (Wieder-)Vernetzung von Ökosystemen unter Berücksichtigung von Raumordnungsinteressen auf ein Positionspapier der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) mit dem Titel „Biotopverbund Nordwest – Der Beitrag der Raumordnung“.

Als wesentliche Grundvoraussetzung für das Gelingen einer (Wieder-)Vernetzung von Ökosystemen hebt Herr Reck abschließend hervor, dass alle Beteiligten und Experten an einem Strang ziehen müssen.

Der Vortrag macht deutlich: Hamburg verfügt über gute Voraussetzungen zur ökosystemaren (Wieder-)Vernetzung. Jetzt muss es darum gehen, diese Potenziale zu nutzen und eine tatsächliche Verbesserung für den Naturhaushalt zu schaffen. Es kann nicht nur Ziel sein, Eingriffe auszugleichen, Hamburg und die Metropolregion müssen aktiv an einer Verbesserung arbeiten.



Diskussionsrunde

Zum Abschluss dieses inhaltlichen Blockes diskutieren die Referenten abermals gemeinsam mit Frau Inselmann. Die Anwältinnen des Publikums sammeln erneut die Fragen der Teilnehmer/innen.

Aus einer stadtreionalen Perspektive darf das Thema Nordstaatenverbund natürlich nicht fehlen. Weitere Diskussionspunkte sind die Ergänzung des Achsenkonzeptes um ein Ringkonzept zur Verkehrsvermeidung sowie Maßnahmen und Möglichkeiten zur Schaffung eines funktionsfähigen Biotopverbundes für die Metropolregion Hamburg.

In dieser Diskussionsrunde sind die vertretenen Ansichten weniger konträr. Die Referenten sind sich einig, dass Planung nicht an administrativen Grenzen halt machen darf. Dies lässt hoffen, dass mithilfe stadtreionaler, übergeordneter Ansätze Differenzen überwunden und die mitunter widerstreitenden Interessen von Stadtentwicklung und Naturschutz besser miteinander in Einklang gebracht werden können.

Podiumsdiskussion

Zum Abschluss werden die wesentlichen Erkenntnisse und Konfliktpunkte der Fachtagung im Rahmen einer Podiumsdiskussion erneut aufgegriffen. Die Interessen der Wirtschaft skizziert dabei Adrian Ulrich (Handelskammer Hamburg), Senator Jens Kerstan (Behörde für Umwelt und Energie) vertritt die Ansichten von Politik und Verwaltung. Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling (HafenCity Universität) repräsentiert die Perspektive der Wissenschaft und Manfred Braasch (BUND Hamburg) steuert die Perspektive eines Umweltverbandes bei.

Einen wesentlichen Diskussionspunkt stellt der Natur-Cent dar. Dass hier noch viele Fragen offen sind, zeigt sich an der Vielzahl der Teilnehmer/innen-Beiträge zu diesem Thema. Herr Kerstan führt dazu aus, dass das Instrument noch in einem Entwicklungsstadium sei und somit noch nicht alle Fragen beantwortet werden könnten. Klar sei aber, dass es sowohl fachliche als auch das Verfahren betreffende Vorgaben zum Abruf der Mittel des Natur-Cents geben müsse. Darüber hinaus bedürfe es auch ausreichend personeller Ressourcen zur Umsetzung der durch den Natur-Cent finanzierten Maßnahmen.

Herr Ulrich erinnert in seinem Eingangs-Statement daran, dass Stadtentwicklung nicht allein Wohnungsbau, sondern auch Gewerbeflächenentwicklung beinhalte. Er kritisiert, dass das Thema in der öffentlichen Diskussion allzu oft ausgeklammert werde. Auch im Rahmen der Fachtagung bemängelt er die fehlende Identifikation mit der Wirtschaft. Er wünscht sich einen besseren Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Der Frage nach der Umnutzung



leerstehender Gewerbe- und Büroflächen zeigt er sich grundsätzlich offen gegenüber. Im Gegenzug müsse aber an anderer Stelle auch entsprechender zusätzlicher Raum für Gewerbe- und Büronutzung geschaffen werden.

Herr Knieling plädiert für einen kreativeren und innovativen Umgang mit den aktuellen Herausforderungen, vor denen Stadtentwicklung und Naturschutz in Hamburg derzeit stehen. Das bestehende formelle Instrumentarium sei dafür nur in bestimmtem Maß geeignet. Er kritisiert, dass Hamburg "auf einem Auge blind" erscheine, da die Lösungssuche fast ausschließlich auf die Stadt beschränkt sei. Er betont deshalb noch einmal, wie wichtig ein gemeinsames Handeln als Metropolregion sei. Stadtregionen wie München, Frankfurt oder Wien belegen dies. Ziel sollte ein regionaler Masterplan und ein Bündnis der Metropolregion für Wohnen sein. Ein erster Schritt wäre die Bestandsanalyse von Potenzialflächen für Siedlungsentwicklung, wie auch Herr Gertz sie vorgeschlagen hat.

Herr Braasch weist wiederholt darauf hin, dass das aktuelle Vorgehen der Stadt den Naturschutz-Interessen nicht ausreichend gerecht wird. Immer wieder werde deutlich, dass der Naturschutz vor den Stadtentwicklungsinteressen zurück treten müsse. Er verweist in dem Zusammenhang beispielsweise auf die Ausführungen von Frau Bertram zum Thema Ausgleich. Konsequenterweise dürfe man einen Eingriff erst dann durchführen, wenn der Ausgleich entsprechend gesichert ist.

Zum Abschluss der Runde bittet die Moderatorin Frau Inselmann die Diskutanten um eine Einschätzung, was sie aus den Diskussionen der Fachtagung mitnehmen.

Herr Kerstan freut sich über die große Resonanz, die das Thema in der Bevölkerung und in Fachkreisen besitzt. Planung dürfe sich nicht anmaßen, den Menschen vorzuschreiben, wie und wo sie wohnen, gleichzeitig kann er sich planerische Maßnahmen und Fördermöglichkeiten vorstellen, die ein nachhaltiges Miteinander von Stadtentwicklung und Naturschutz ermöglichen.

Herr Ulrich sieht seine Ansicht bestätigt, dass eine nachhaltige Entwicklung nur auf Basis eines partnerschaftlichen Miteinanders gelingen kann, ordnungsrechtliche Vorschriften seien dazu nur begrenzt in der Lage. Er betont zum Abschluss noch einmal, dass Hamburg als Grüne Metropole über besondere Voraussetzungen verfügt, die es zu erhalten gilt.

Dass insgesamt fast 300 Gäste an der Fachtagung teilgenommen haben, wertet Herr Braasch als äußerst positives Signal. Es zeige, wie wichtig die Auseinandersetzung mit dem Thema sei. Ein positives Signal sei beispielsweise auch das derzeit in Erarbeitung befindliche LAPRO (Landschaftsprogramm). Das von ihm bereits mehrfach geforderte Flächenmoratorium greift Herr Braasch in seinem Schlusstatement erneut auf und kündigt an, das Thema als BUND Hamburg aktiv weiterzuverfolgen.

Herr Knieling appelliert zum Schluss der Runde noch einmal an mehr Qualität im Diskurs, dieser dürfe nicht nur auf Zahlen und Flächen reduziert werden. Auch sei das Einfamilienhaus wegen seines zu hohen Flächenverbrauchs keine geeignete Wohnform für eine Metropole wie Hamburg. Aus Sicht einer intelligenten Siedlungs- und Freiraumpolitik müsse dieses vielmehr als ein Offenbarungseid der Politik bezeichnet werden. Herrn Fuhrhops provokante These "Hamburg



ohne Neubau" sollte dagegen als Ansporn genutzt werden, nach Alternativen zum Wohnungsneubau zu suchen. Dabei gehe es nicht um die "eine" Lösung, sondern nötig sei ein ganzes Bündel verschiedener Lösungsansätze, die gleichzeitig angegangen werden müssten. Die Behörden seien hier gefordert. Aber auch die Universität hat als öffentlicher Ort des fachlichen Diskurses die Aufgabe, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Die Schlussstatements machen noch einmal deutlich, dass sich trotz der unterschiedlichen Interessenslagen alle Akteure einig sind über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des gemeinsamen Dialogs. Dieser muss nun weiter fortgeführt werden, um langfristig ein gutes Miteinander von Stadtentwicklung und Naturschutz in der Metropolregion Hamburg zu schaffen.

Die Veranstaltung endet mit einem Dank der Moderatorin Frau Inselmann an alle Mitwirkenden und Teilnehmer/innen.

